

22.08.2024

Niederschrift 001/2024

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung

am 20.02.2024 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Olaf Lauschner (CDU)

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Uwe Zühlke

Vertretung für Herrn Jens Krammenschneider-Hunscha

Frau Brigitte Cziehso

Frau Annette Maria Thomae

Frau Angelka Chur

Vertretung für Herr Theodor Rieke

Herr Jens Schmülling

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Kreistagsmitglieder CDU

Herrn Marco Morten Pufke

Herr Helge Meiritz

Herr Martin Niessner

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Markus Rusche

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Herbert Goldmann

Frau Kirsten Reschke

Kreistagsmitglied FDP

Herr Andreas Wette

Vertretung für Herrn Michael Klostermann

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Kreistagsmitglied GFL + WfU

Herrn Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Kreistagsmitglied FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Thomas Cieszynski

Gäste

Herr Matthias Fischer, Geschäftsführer UKBS

Herr Sascha Dorday, Geschäftsführer WFG

Verwaltung

Herr Adrian Kersting, Dezernent | Dezernat II

Frau Dr. Sandra Maier, Sachgebietsleitung 60.4 - Planung und Wohnungswesen

Frau Stella Bitomsky, 60.4 - Planung und Wohnungswesen

Frau Tanja Katlun, Schriftführung | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Theodor Rieke

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Kreistagsmitglied CDU

Frau Annette Droege- Middel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohner*innen |
| Punkt 2 | | Planvorhaben UKBS für den sozialer Wohnungsbau im Jahr 2024; Bericht: Herr Fischer, Geschäftsführer der UKBS |
| Punkt 3 | | 5-Standorte-Programm – aktueller Stand der Projekte / Arbeit des Projektbüro; Bericht: Herr Sascha Dorday, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna |
| Punkt 4 | 013/24 | WFG-Bericht über die Kriterien zur Vermarktung von Gewerbegebietsflächen; Tagesordnungspunktverlangen der Fraktion GFL+WfU vom 22.01.2024 |
| Punkt 5 | 016/24 | Masterplan Wohnungsbau - Sachstand 02.24 |
| Punkt 6 | | Wohnraumförderung - Förderprogramm 2023; Bericht der Verwaltung |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Herr Lauschner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 08.02.2024 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 2 Planvorhaben UKBS für den sozialer Wohnungsbau im Jahr 2024; Bericht: Herr Fischer, Geschäftsführer der UKBS

Erörterung

Herr Fischer berichtet über die Planungen der UKBS für den sozialen Wohnungsbau im Jahr 2024 anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1). Hierbei gibt er einen Überblick über die gesamtheitlichen Bauvorhaben der UKBS, die in 2023 fertiggestellt worden und in 2024/25 geplant seien. Die Neubauten umfassten insgesamt Wohneinheiten im dreistelligen Bereich, davon eine Vielzahl öffentlich gefördert. Als Beispiel für ein modernes Wohnbauprojekt führt er zudem das 2018 fertiggestellte Mehrgenerationen-Projekt am Sportplatz Weberstraße an – mit Gemeinschaftsräumen und 24 Wohnungen, von denen 16 öffentlich gefördert seien.

Auf Zwischenfrage von Herrn Prof. Dr. Hofnagel berichtet Herr Fischer, dass PV-Anlagen standardmäßig verbaut und nicht-fossile Brennstoffe vermieden würden. Erste Erfahrungen mit Infrarotheizungen lägen vor.

Darüber hinaus erläutert er die finanziellen Auswirkungen der öffentlichen Fördersätze anhand einer Beispielrechnung. Die Förderbedingungen in 2024 würden dazu beitragen, dass sich die Jahresergebnisse für den öffentlichen Wohnungsbau spürbar verbesserten.

Frau Wohlgemuth bedankt sich im Namen ihrer Fraktion Die Linke – UWG Selm für die ausführlichen Informationen und merkt an, dass Bergkamen sehr stark vom Verlust des sozialen Wohnungsbaus betroffen sei. Sie fragt an, ob es in Bezug auf das Baugebiet „Erdbeerfeld“ in Bergkamen Gespräche seitens der UKBS zum Einstieg in das Projekt geben würde. Dies ist laut Herrn Fischer nicht der Fall.

Punkt 3 5-Standorte-Programm – aktueller Stand der Projekte / Arbeit des Projektbü- ro; Bericht: Herr Sascha Dorday, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungs- gesellschaft für den Kreis Unna

Erörterung

Herr Dorday gibt einen Überblick über den aktuellen Stand des 5-Standorte-Programms anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2). Er berichtet, dass die meisten Projekte in Planung seien. Hier würden die Herausforderungen jedoch bei der Finanzierung und der Umsetzung von Förderprogrammen liegen. Herr Dorday betont die Bedeutung der nachhaltigen und innovativen Entwicklung von Gewerbeflächen und erläutert die

Kriterien, die bei der Auswahl und Vermarktung dieser Flächen eine Rolle spielen würden. Zudem erläutert er die Ansiedlungskriterien, die sicherstellen sollen, dass nur zukunftsorientierte und nachhaltige Unternehmen gefördert würden.

**Punkt 4 013/24 WFG-Bericht über die Kriterien zur Vermarktung von Gewerbegebietsflächen;
Tagesordnungspunktverlangen der Fraktion GFL+WfU vom 22.01.2024**

Erörterung

Nach einleitenden Worten von Herrn Lauschner stellt Herr Prof. Dr. Hofnagel das Anliegen der GFL+WfU noch einmal vor. Er bittet die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) für den Kreis Unna darzulegen, nach welchen Kriterien die WFG Gewerbeflächen an Gewerbetreibende vergibt bzw. vermarktet. Dabei solle insbesondere auf Aspekte des Klima- und Umweltschutzes, der Nachhaltigkeit sowie der Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation und der Gewerbesteuerinnahmen eingegangen werden.

Herr Dorday erläutert die Kriterien, nach denen im Kreis Unna Gewerbeflächen vergeben werden, anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3). Diese umfasst unter anderem die Finanzkraft der Unternehmen, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie die Innovationskraft und die ökologischen Konzepte der Firmen. Er erklärt, dass die Bewertung der Unternehmen über einen Fragenkatalog mit einem Punktesystem erfolge und nur diejenigen Unternehmen gefördert werden, die einen gewissen Schwellenwert überschreiten würden. Dies solle sicherstellen, dass die Gewerbegebiete im Kreis Unna nachhaltig und zukunftsorientiert entwickelt würden.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag wirft Herr Goldmann die Frage auf, ob die Kriterien der WFG in den Fachausschüssen der kreisangehörigen Kommunen vorgestellt worden seien oder, ob diese Diskussion bislang nur im Aufsichtsrat der WFG geführt worden sei. Er weist auf die aktuell öffentlich geführte Diskussion bezüglich der Ansiedlung der Firma Höffner im Kreis Unna hin und merkt an, dass in dieser Diskussion die Ausführungen der Verwaltung als auch die Politik nicht wahrgenommen worden seien. Weiter merkt Herr Goldmann an, dass Ansiedlungskriterien, die letztendlich eine objektive Bewertung und Umsetzungsqualität enthielten, auch entsprechend öffentlich nachvollziehbar sein müssten.

Herr Dorday erklärt, dass die Kriterien bereits in drei Kommunen des Kreises Unna intensiv besprochen worden seien und grundsätzlich als Orientierungsrahmen für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden dienen sollen. Abschließend merkt er an, dass man sich in einer Erprobungsphase befinden würde und die Ansiedlungskriterien weiter verfeinert würden.

Herr Schmülling erkundigt sich für die SPD-Fraktion, inwieweit Flexibilität bestünde auf spezifische lokale Gegebenheiten und besondere Anforderungen der einzelnen Kommunen einzugehen.

Nachfolgend antwortet Herr Dorday, dass die Kriterien als allgemeine Richtlinie dienen würden und die spezifischen lokalen Gegebenheiten angepasst werden könnten. Er merkt an, dass es Raum für individuelle Absprachen und Anpassungen mit Kommunen geben würde.

Frau Wohlgemuth spricht für Ihre Fraktion Die Linke - UWG Selm an, dass man die ökologischen Kriterien erhöhen müsse, um den Klimaschutz stärker zu betonen.

Herr Dorday weist auf die aktuelle Gewichtung der ökologischen Kriterien von 20% hin.

Er merkt an, dass diese unter Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitsaspekte und der Bewertung von Umweltfreundlichkeit sowie der Nachhaltigkeit der Unternehmensprozesse gewählt worden sei.

Abschließend bedankt sich Herr Prof. Dr. Hofnagel für die Ausführung und erkundigt sich, wie sichergestellt würde, dass auch kleinere und mittelständische Unternehmen, die evtl. nicht alle notwendigen Standards erfüllen würden, eine faire Chance erhielten sich anzusiedeln.

Herr Dorday erklärt, dass das Punktesystem verschiedene Faktoren berücksichtigen würde, darunter auch die der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit. Eine ausgewogenen Gesamtbewertung sei das Ziel, sodass auch kleinere Unternehmen durch innovative Ansätze und die Schaffung von Arbeitsplätzen eine hohe Punktezahl erreichen könnten.

Die Drucksache 013/24 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 016/24 Masterplan Wohnungsbau - Sachstand 02.24

Erörterung

Frau Dr. Maier führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 4) zur vorliegenden Drucksache aus.

Herr Prof. Dr. Hofnagel merkt an, dass gemäß der Vorlage gerade die Politiker*innen der kreisangehörigen Kommunen einzubinden seien. Am Arbeitstreffen im Juni 2023 habe jedoch keine Person aus der Lokalpolitik teilgenommen. Frau Dr. Maier erwidert, dass es sich damals um eine Auftaktveranstaltung gehandelt und das beschriebene Ablaufschema noch nicht existiert habe.

Auf weitere Nachfragen von Herrn Prof. Dr. Hofnagel zur Einbindung der Kommunen und Wohnungswirtschaft berichtet Frau Dr. Maier, dass die Thematik mit den Stadtplaner*innen im regelmäßig stattfindenden „Planertreff“ diskutiert und hier auch der Zeitplan vorgestellt worden sei. Zusätzlich bestehe das Angebot, in den jeweiligen Fachausschüssen der Kommunen zu referieren. Dies sei bereits von den Städten Kamen und Fröndenberg angenommen worden, in der nächsten Woche folge die Gemeinde Holzwickede. Die anderen Kommunen würden das Thema selbst für ihre Ausschüsse vorbereiten und könnten hierzu die zur Verfügung gestellte Vorlage nutzen. Die Wohnungswirtschaft sei in einer Umfrage beteiligt worden. Bei Bedarf könnten hier weitere Gespräche angeboten werden. In den anstehenden Workshops würden nun auch die Vertreter*innen der kommunalen Lokalpolitik mit einbezogen. Hierfür sollen die Kommunen jeweils eine Person bis zum 19.04.2024 benennen.

Herr Zühlke kritisiert, dass die Planungsphase seit dem Projektbeginn 2021 immer noch nicht abgeschlossen sei und der vorliegende Ablaufplan weitere Verzögerungen mit sich bringen würde. Er fragt nach der Zielsetzung, wann das Projekt in die Umsetzung gehen würde und auf welche Weise die Motivation der kreiseigenen Kommunen gesteigert werden könnte.

Frau Dr. Maier zeigt auf, dass die Verwaltung als fachliche Instanz der Kommunen außerhalb des Masterplans mit den Planertreffs mitgenommen worden sei. Am Beispiel der Stadt Kamen erklärt sie, dass die Kreisverwaltung sich keine Flächen anschauen, sondern Strategien entwerfen würde. Sie betont die Wichtigkeit, verzahnt miteinander zu arbeiten und bittet darum, das Thema in die Kommunen zu tragen. Herr Kersting ergänzt, dass die Vorstellung in den Städten Kamen und Fröndenberg zu der Erkenntnis geführt habe, dass die Ortspolitik bisher nur wenig eingebunden gewesen sei. Er appelliert ebenfalls an die Ausschussmitglieder, in den Kommunen zu werben. Die politische Mitwirkung sei für die erfolgreiche Umsetzung und kreisweite Akzeptanz des Masterplanes unabdingbar.

Herr Schmülling stimmt Herrn Zühlke zu und moniert, dass für den Masterplan noch keine konkreten Zeitpläne und Umsetzungsziele definiert worden seien. Er erkundigt sich nach der genauen Rolle und der Auswahl der Politiker*innen, die aus den kreisangehörigen Kommunen beteiligt werden sollen.

Herr Lauschner führt an, dass in der letzten Sitzung *[Anmerkung der Schriftführung: Sitzung vom 22.11.2023]* gefordert worden sei, die Politik stärker einzubinden, hier insbesondere die Kommunalpolitiker*innen aus den Städten und Gemeinden.

Herr Kersting äußert, ihn überrasche die Aussage von Herrn Schmülling. Der Bedarf für die Planung sei im Workshop im Juni 2023 entstanden und habe als Grundlage für die Beauftragung eines externen Büros gedient. Der genaue Zeitplan aus der vorliegenden Präsentation sei spätestens seit der Sitzung im August 2023 bekannt. In dieser sei bereits gefordert worden, nicht nur die Stadtplaner*innen und Bürgermeister*innen zu beteiligen, sondern ebenfalls die Lokalpolitik*innen der kreisangehörigen Kommunen. Für die Workshops solle daher neben den Ausschussmitgliedern je ein*e Vertreter*in aus dem jeweiligen Fachausschuss der Kommune eingeladen werden.

Herr Lauschner fügt hinzu, dass zusammen mit den Ausschussmitgliedern dann 28 Personen beraten würden. Dies sei eine Größe, in der ein Gremium noch zielführend diskutieren könne.

Herr Prof. Dr. Hofnagel begrüßt den Versuch, die Lokalpolitik mitzunehmen, da nicht jedes Mitglied dieses Ausschusses ein Doppelmandat trage. Die Kolleg*innen aus den jeweiligen Fachausschüssen würden daher zur Fachlichkeit der Diskussionen beitragen.

Herr Pufke bittet im Hinblick auf einen Workshop im Mai die Verwaltung, gemeinsam mit dem Ausschussvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsstellen zeitnah einen Termin abzustimmen. Auf Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Hofnagel könne der Workshop ggf. auch in den Juni verschoben werden, um den Fachausschüssen der Kommunen Gelegenheit zu geben, zusammenzukommen und eine*n Vertreter*in zu bestimmen.

Die Drucksache 016/24 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 Wohnraumförderung - Förderprogramm 2023; Bericht der Verwaltung

Erörterung

Frau Dr. Maier berichtet zur Wohnraumförderung anhand einer Präsentation (siehe Anlage 5).

Frau Thomae erkundigt sich für die SPD-Fraktion, ob der Betrag von 15 Mio. Euro zur Förderung des Erwerbes und die Verlängerung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ausreichend sei oder nur einen „Tropfen auf den heißen Stein“ darstelle. Sie betont den Mangel an sozialem Wohnungsbau in den Städten und die Problematik auslaufender Bindungen.

Frau Dr. Maier erklärt, sie sehe die Verlängerung einiger Bindungen positiv, und kündigt für die nächste Sitzung detaillierte Informationen hierzu an.

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Kersting informiert über den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Er merkt an, dass es sich um einen Dorfverschönerungswettbewerb auf Grundlage bürgerlicher Beteiligung in vielerlei Handlungsfeldern handle und dass sich die Stadt Kamen mit einem Ortsteil für diesen Wettbewerb angemeldet habe. Er macht auf mögliche personelle Herausforderungen aufmerksam, die in Bezug auf die Beteiligung weiterer Ortschaften zu bewältigen seien.

Es schließt sich ein kurzer Austausch über die Organisation und die Zuständigkeit zu diesem Wettbewerb an.

Anlagen

1. Planvorhaben UKBS für den sozialer Wohnungsbau (Präsentation zu TOP 2)
2. 5-Standorte-Programm (Präsentation zu TOP 3)
3. Bericht über die Kriterien zur Vermarktung von Gewerbegebietsflächen (Präsentation zu TOP 4)
4. Masterplan Wohnungsbau (Präsentation zu TOP 5)
5. Wohnraumförderung - Förderprogramm 2023 (Präsentation zu TOP 6)

gez. Tanja Katlun
Schriftführerin

gez. Olaf Lauschner
Vorsitzender